

14.12.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 17/800 -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung

Berichtersteller

Abgeordneter Christian Loose

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 14.12.2017/Ausgegeben: 16.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom

- Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, mündlich
und dem
- Ausschuss für Digitalisierung und Innovation mündlich

beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 17/237 der Erläuterungsband zum Einzelplan 14 vor. Zusätzlich wird auf die Vorlagen 17/353 und 17/354 hingewiesen.

a) Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Einzelplan 14 in seinen Sitzungen am 22. November 2017 beraten und in seiner Sitzung am 13. Dezember 2017 abschließend beraten abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 14 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.

b) Der Ausschuss für Digitalisierung und Innovation hat den Einzelplan 14 in seinen Sitzungen am 23. November 2017 beraten und in seiner Sitzung am 7. Dezember 2017 abschließend beraten abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 14 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 17/393.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/400 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2017 abgegeben.

Dort lag ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Einzelplan 14, Kapitel 14 010, Titel 422 01 vor. Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der AfD abgelehnt. Der Personaletat zum Einzelplan 14 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/386 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu den Kapiteln:

14 820	Information und Technik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 830	Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb
14 840	Landesbetriebe Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen
14 850	Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen

für eine unveränderte Annahme. Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/1515 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Vorlage 17/1500.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 14. Dezember 2017 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Dort lagen neun Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor. Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 14 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang 9 Änderungsanträge der Fraktionen der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2018**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter Absenkung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>2018</td> <td>Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>von 18.862.200 Euro</td> <td>12.583.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 969.776 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 17.892.424 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Reduzierung der Planstellen</p> <p>Von 37 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor um 5 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor Auf 32 Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor</p> <p>Von 47 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat um 5 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat Auf 42 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat</p>	2018	Ansatz lt. HH 2017	von 18.862.200 Euro	12.583.100 Euro	um 969.776 Euro		auf 17.892.424 Euro		<p>Votum des Unterausschusses Personal (12.12.2017)</p> <p>abgelehnt:</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>Abstimmung HFA</p> <p>abgelehnt:</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018	Ansatz lt. HH 2017																														
von 18.862.200 Euro	12.583.100 Euro																														
um 969.776 Euro																															
auf 17.892.424 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		<p>Von 40 Bes.Gr. A 12 Amtsrat um 5 Bes.Gr. A 12 Amtsrat Auf 35 Bes.Gr. A 12 Amtsrat</p> <p>Von 19 Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann um 5 Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann Auf 14 Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann</p> <p>Begründung: Im Ministerium werden massiv neue Stellen geschaffen, ohne dass dafür eine sachliche Begründung im erforderlichen Maße geliefert wird. Des Weiteren besteht eine Diskrepanz zwischen dem Erklärungsband und der Antwort auf das Schreiben von Frau Düker zum Haushalt vom 04.12.2017. Da wird z.B. davon gesprochen, dass die 5 neuen A15 Stellen für eine Enquetekommission und ein Gründerstipendium sind. Im dazugehörigen Erläuterungsband wird allgemein von 20 zusätzliche Stellen (5 x A15, 5 x A14, 5 x A12, 5 x A11) für die neuen Schwerpunktthemen des Ministeriums gesprochen. Die neu geschaffenen Stellen sind laut Antwortschreiben immer einem speziellen Themenbereich wie bei den A15ern nach Gehaltstufe zugeordnet. Für das europäische Fördercontrolling gibt es hingegen nur 5 xA11, was nicht zum hierarchischem Aufbau der Abteilungen passt. Die Landesregierung konnte die Stellen nicht genau bzw. nicht konsistent zuordnen. Damit sind die geplanten Stellen in ihrer Zuordnung und in ihrer sachlichen Verwendung nicht klar genug dargelegt. Das Ministerium konnte nicht erläutern, welche zusätzlichen – für die Bürger</p>	
--	--	--	--

		NRWs relevanten – Aufgaben bearbeitet werden sollen und warum diese Aufgaben nicht durch vorhandenes Personal ausgeführt werden können. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Personaleinstellung keinen Sachzwecken, sondern politischen Zwecken folgt.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppen 64 Klimaschutz</p> <p>Titel 633 64 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2018</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">2.382.700</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">2.083.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.382.700</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Für den möglichen Aufbau einer Ladestruktur fehlt ein verifizierbares Mengengerüst für die Ladestationen. Es muss dabei auch die lokale Netzstruktur beachtet werden, d.h. bis zu welcher Anzahl kann das lokale Netz eine gleichzeitige Ladung an allen lokalen Ladestationen überhaupt verkraften. Es fehlt auch das dazugehörige Raumkonzept. Die zu ladenden PKWs müssen über eine längere Dauer beladen werden – insbesondere, wenn es nicht nur eine Schnellladung sein soll.</p> <p>Deshalb sollte erstmal ein umfassendes Konzept mit einer entsprechenden Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsanalyse erstellt werden, bevor Gelder unstrukturiert verplant werden.</p>		2018		Ansatz lt. HH 2017		Von	2.382.700	Euro	2.083.300	Euro	um	2.382.700	Euro			auf	0	Euro			<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
	2018		Ansatz lt. HH 2017																														
Von	2.382.700	Euro	2.083.300	Euro																													
um	2.382.700	Euro																															
auf	0	Euro																															
CDU	nein																																
SPD	nein																																
FDP	nein																																
GRÜNE	nein																																
AfD	ja																																

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppen 64 Klimaschutz</p> <p>Titel 683 64 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen. (Verpflichtungsermächtigung 13.810.000 Euro)</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2018</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">4.000.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 13.810.000 Euro Um 13.810.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019 und Folgejahren</p>		2018		Ansatz lt. HH 2017		Von	4.000.000	Euro	0	Euro	um	4.000.000	Euro			auf	0	Euro			<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
	2018		Ansatz lt. HH 2017																														
Von	4.000.000	Euro	0	Euro																													
um	4.000.000	Euro																															
auf	0	Euro																															
CDU	nein																																
SPD	nein																																
FDP	nein																																
GRÜNE	nein																																
AfD	ja																																

		Begründung: Ohne Nennung eines Mengengerüstes an Ladestationen, an zu ladenden Fahrzeugen und ohne näherer Beschreibung der allgemein angeführten „Beratungen“ ist eine valide Kostenschätzung nicht möglich. Bis eine solche Schätzung vorliegt, ist der Titel mit Null zu veranschlagen.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppen 64 Klimaschutz</p> <p>Titel 686 64 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2018</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">329.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">322.100</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">329.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Das Thema „Klimaschutz“ ist bereits ausreichend von den verschiedenen Landes- und Bundesregierungen platziert. Mit diesem Titel werden wohl weitere Gelder für eine Ausdehnung der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. Damit findet eine Übersättigung der Bürger statt. Aus diesem Grund sind diese Gelder anderweitig zu verwenden und hier zu streichen..</p>	2018		Ansatz lt. HH 2017		Von	329.000	Euro	322.100	um	329.000	Euro	Euro	auf	0	Euro		<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018		Ansatz lt. HH 2017																											
Von	329.000	Euro	322.100																										
um	329.000	Euro	Euro																										
auf	0	Euro																											
CDU	nein																												
SPD	nein																												
FDP	nein																												
GRÜNE	nein																												
AfD	ja																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
	AfD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</p> <p>Titelgruppen 67 Förderprogramm Pumpspeicher</p> <p>Titel 683 67 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2018</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">500.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 6.000.000 Euro Um 6.000.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019 und 2020</p>		2018		Ansatz lt. HH 2017			Von	500.000	Euro	0	Euro		um	500.000	Euro				auf	0	Euro				<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
	2018		Ansatz lt. HH 2017																																		
Von	500.000	Euro	0	Euro																																	
um	500.000	Euro																																			
auf	0	Euro																																			
CDU	nein																																				
SPD	nein																																				
FDP	nein																																				
GRÜNE	nein																																				
AfD	ja																																				

		<p>Begründung: In NRW bestehen aufgrund der topographischen Verhältnisse keinerlei Möglichkeiten, Pumpspeicherwerke in relevanter Größe zu errichten. Selbst auf Basis der reinen Betriebskosten – also ohne Ansatz von Investitionskosten für einen Neubau – erzielt das Pumpspeicherwerk in Herdecke kaum noch Erlöse. Zudem wird es – wie beim geplanten „Pumpspeicherkraftwerk Atdorf“ – zu Widerständen durch Bürger kommen, da der Eingriff in die Umwelt bei neuen Pumpspeicherwerken enorm ist. Es gibt keine Akzeptanz durch die Bevölkerung. Die Erkundung von Standorten ist aber allein aus wirtschaftlichen Gründen bereits erkennbar fruchtlos.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
	AfD	<p>Kapitel 14 400 Innovation und Technologie</p> <p>Titelgruppen 75 Ausgaben für F+E auf den Feldern nachhaltiger Entwicklung (Initiative „Fortschritt NRW“)</p> <p>Titel 686 75 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2018</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">7.000.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 17.785.000 Euro Um 17.785.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019 und Folgejahren</p>		2018		Ansatz lt. HH 2017			Von	7.000.000	Euro	1.000.000	Euro		um	6.000.000	Euro				auf	1.000.000	Euro				<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
	2018		Ansatz lt. HH 2017																																		
Von	7.000.000	Euro	1.000.000	Euro																																	
um	6.000.000	Euro																																			
auf	1.000.000	Euro																																			
CDU	nein																																				
SPD	nein																																				
FDP	nein																																				
GRÜNE	nein																																				
AfD	ja																																				

		Begründung: Ohne eine konkrete Benennung der Begünstigten, ohne eine Darlegung der Konzepte und Konkretisierung der als Begründung angeführten, vorbeugenden Maßnahmen und ohne eine dargestellte Erfolgskontrolle ist die Verwendung nicht hinreichend erklärt und es sind ausschließlich Mitnahmeeffekte zu erwarten.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	AfD	<p>Kapitel 14 500 Digitales</p> <p>Titelgruppen 70 Zukunft des Handels</p> <p>Titel 683 70 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td colspan="2" style="text-align: center;">2018</td> <td colspan="2" style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">500.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 1.450.000 Euro Um 1.450.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019 und Folgejahren</p> <p>Begründung: Das Kennzeichen einer sozialen Marktwirtschaft (ehemals eingeführt durch Ludwig Erhard) ist, dass ausschließlich der Ordnungsrahmen durch die Politik gesetzt wird.</p>	2018		Ansatz lt. HH 2017		Von	500.000	Euro	0 Euro	um	500.000	Euro		auf	0	Euro		<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018		Ansatz lt. HH 2017																											
Von	500.000	Euro	0 Euro																										
um	500.000	Euro																											
auf	0	Euro																											
CDU	nein																												
SPD	nein																												
FDP	nein																												
GRÜNE	nein																												
AfD	ja																												

		<p>Fehlende Kreativität ist ein Hinweis auf eine mangelhafte Bildungs- und Forschungspolitik, die Schülern und Studenten keinen Raum für eine individuelle Entfaltung lässt.</p> <p>Die sog. „Kreativwirtschaft“ mit Geldern zu unterstützen, bildet den falschen politischen Ansatzpunkt. . Insbesondere kann eine staatliche Einflussnahme einen negativen Effekt auf die kreative Entfaltung haben.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppen 71 Förderung von Gründungen und mittelständischen Unternehmen</p> <p>Titel 686 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2018</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2017</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>1.700.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.600.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>100.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 23.810.900 Euro Um 23.810.900 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019 und Folgejahren</p> <p>Begründung: Das Kennzeichen einer sozialen Marktwirtschaft (ehemals eingeführt durch Ludwig Erhard) ist, dass der Ordnungsrahmen durch die Politik</p>	2018			Ansatz lt. HH 2017	Von	1.700.000	Euro	100.000 Euro	um	1.600.000	Euro		auf	100.000	Euro		<p>abgelehnt:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
2018			Ansatz lt. HH 2017																										
Von	1.700.000	Euro	100.000 Euro																										
um	1.600.000	Euro																											
auf	100.000	Euro																											
CDU	nein																												
SPD	nein																												
FDP	nein																												
GRÜNE	nein																												
AfD	ja																												

		<p>gesetzt wird. Geringe Gründerzahlen sind ein Zeichen für schlechte politische Rahmenbedingungen. Eine gute Politik führt keine zusätzlichen Maßnahmen durch, um den Mangel durch die schlechten politischen Rahmenbedingungen zu mildern, sondern korrigiert die schlechten politischen Rahmenbedingungen.</p> <p>Die Einführung des Gründerstipendiums doktert lediglich an den Symptomen herum statt die Ursachen zu bekämpfen. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass derlei Maßnahmen nach kurzer Zeit verpuffen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
	AfD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppen 99 Kreativwirtschaft Titel 683 99 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;">2018</td> <td></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2017</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">674.400</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">674.400</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">674.400</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 200.000 Euro Um 200.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2019</p>	2018		Ansatz lt. HH 2017		Von	674.400	Euro	674.400	um	674.400	Euro		auf	0	Euro		<p>abgelehnt:</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
2018		Ansatz lt. HH 2017																	
Von	674.400	Euro	674.400																
um	674.400	Euro																	
auf	0	Euro																	

		Begründung: Die Kreativwirtschaft ist kreativ am besten ohne staatliche Bürokratie. Das Kennzeichen einer sozialen Marktwirtschaft (ehemals eingeführt durch Ludwig Erhardt) ist, dass der Ordnungsrahmen durch die Politik gesetzt wird. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Unternehmen einfach als förderungswürdig auszuwählen.	
--	--	---	--